

Notwehrrecht der Demokratie?

Autor(en): **Kircher, Rudolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **28 (1948-1949)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-159642>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

NOTWEHRRECHT DER DEMOKRATIE ?

VON RUDOLF KIRCHER

Der gemeinsame Sieg der westlichen Demokratie und des Bolschewismus hat in den befreiten Ländern, besonders in *Frankreich* und *Italien*, die innerpolitische Macht einer Gruppe von Parteien in die Hand gegeben, die so wenig das Land gemeinsam zu regieren vermochten wie die Sieger des Weltkrieges gemeinsam Europa neu zu organisieren imstande sind. Am Partisanenkampf waren Anhänger aller Parteien beteiligt gewesen, besonders Kommunisten. Auch deshalb war diese Entwicklung unvermeidlich. Aber sie hatte fatale Folgen. Es gibt zwei Möglichkeiten: die eine wurde in Osteuropa, zuletzt in Prag, verwirklicht, um die andere wird in Westeuropa noch gekämpft.

Der Ministerpräsident Italiens, *Alcide De Gasperi*, ist der einzige unter den Staatsmännern Europas, dem es gelungen ist, ohne Erschütterung des demokratischen Staates und seiner persönlichen Stellung, sein Land *zunächst* einmal aus dieser gefährlichen Lage herauszumanövrieren. Die Art, wie De Gasperi die Loslösung vom Kommunismus vollzog, war bewundernswürdig, — umso mehr als das Bündnis zwischen den Kommunisten und den Mehrheitssozialisten (der Partei Nennis) die Loslösung sehr erschwerte, ja gefährlich machte. Doch dies war nur die erste Etappe in einem überaus zähen Ringen, dessen zweiter Teil die jetzt im Gange befindliche Wahlkampagne und dessen dritter die Befestigung der Demokratie nach dem Wahlsieg sein muß, den alle guten Geister Italiens erhoffen, der aber keineswegs gewiß ist.

Das Problem, das an diesem Beispiel sichtbar wird, heißt mit dürren Worten: ist es überhaupt möglich (und wie soll es gemacht werden), in einem demokratisch-parlamentarischen Staat mit Parteien auszukommen, die ihn *zerstören* wollen und die die parlamentarischen Möglichkeiten, die er bietet, eben gerade zu seiner Vernichtung und zur Verwandlung in ein kommunistisch-bolschewistisches Unternehmen ausnützen? Daß die Kommunisten diese Absicht bestreiten, versteht sich von selbst. Erst recht bestreitet es ihr sozialdemokratischer Anhang. Dennoch ist es Tatsache. Daraus ergibt sich die Krisis der Demokratie.

Unglücklicherweise sind die neuen Verfassungen der befreiten Länder durch das Zusammenwirken jener ersten, aus durchaus heterogenen Elementen zusammengesetzten Regierungen und Parteienkoalitionen zustande gekommen, die man in Westeuropa durch die Ausbootung der Kommunisten und ihres Anhangs, in Osteuropa durch

die Terrorisierung der demokratischen Parteien überwunden hat. Da die Verfassungen von Politikern gemacht wurden, von denen die einen entschlossen sind, sie einzuhalten, die anderen aber sie zu zerstören (wenn auch auf die bekannte «legale» Weise) und da die Kontinentaleuropäer nicht zufrieden sind, wenn nicht ein Höchstmaß theoretischer demokratischer Gerechtigkeit, vor allem das Proporzsystem und die Listenwahl in die Paragraphen hineingepfercht wird, und da schließlich der westeuropäische Parlamentarismus nicht glücklich ist, wenn nicht jederzeit die Regierung durch Überstimmen gestürzt werden kann, sind zwei Folgen eingetreten: eine gefährliche Aufspaltung der politischen Kräfte in zahllose Parteien und eine viel zu große Labilität der Regierungen. Eine erfolgreiche demokratische Regierung ist aber, erst recht wenn sie mit superautoritärem System konkurrieren muß, in unseren stürmischen, problembeladenen Zeiten ohne ein besonderes Maß von Stabilität nicht denkbar. Ihre zu große Verwundbarkeit nimmt ihr auch die Autorität, auf die eine demokratische Regierung mindestens ebenso angewiesen ist wie jede andere.

Der Mangel an Sicherheit und Autorität und jene Zersplitterung führen dazu, daß die antidemokratischen Parteien (also die kommunistischen, die auf den Umsturz abzielen) eine übermäßige Bedeutung gewinnen. Mögen die zahlreichen kleinen Parteien noch so antikommunistisch sein, — sie spielen das Spiel der Kommunisten, indem sie zur Unsicherheit der Regierung beitragen. Sie haben die Möglichkeit, sich wichtig zu machen, ohne etwas zu bedeuten. Andere wiederum haben wachsenden Zulauf, weil sie das Sammelbecken der über diese Verhältnisse (und überhaupt mit allem) Unzufriedenen sind. In Frankreich ist das am deutlichsten, in Italien ist es noch im Werden. In diesen Sammelbecken, die mit Vorliebe «Bewegung» und nicht Partei genannt werden, schließen sich bedeutende Wählermassen zusammen, die, wenn es keinen Proporz oder gar nur zwei Parteien gäbe, der antikommunistischen Regierungsfront ein entscheidendes und gesichertes Übergewicht verschafften. Was in kleinen, in sich selbst gefestigten Ländern nützlich sein mag, wird in großen und erst um ihre neue Form ringenden zu einer ernststen Gefahr. England natürlich bildet einen Fall für sich; aber man stelle sich die Entwicklung vor, die eintreten könnte oder müßte, wenn die Briten zu einem System übergängen, das die Bildung neuer Parteien erleichtert und wenn dort Listenwahl und Proporz eingeführt würden.

Die eigentliche Schwierigkeit kommt jedenfalls daher, daß in den befreiten Ländern zuerst eine Verfassung und zwar eine theoretisch hundertfünfzigprozentige demokratische Verfassung eingeführt wurde, während sich diese Länder eine demokratische Lebensform überhaupt erst neu erwerben müssen. Eine Demokratie ohne eine genügende Anzahl von Demokraten (vollends von erfahrenen Demo-

kraten) ist ein Unding. Die praktische Schulung und Erfahrung der Italiener während der faschistischen Jahrzehnte hat Millionen von ihnen für die kommunistischen Methoden zur Zeit geeigneter gemacht als für die demokratischen. Dafür, wie man mit dem Gegner umspringen muß, wenn man ihn matt setzen will, liegen auf dem europäischen Kontinent mehr Beispiele vor als für ein ehrliches Zusammenspiel und einen anständigen Wettbewerb, nach demokratisch-parlamentarischer Art.

Es wird manchem Land und mancher Partei ähnlich ergehen, wie es den Westmächten im Kampf gegen Hitler und den Nationalsozialismus ergangen ist: um der Gefahr Herr zu werden, werden sie geneigt sein, Methoden anzuwenden und sich an sie zu gewöhnen, die nicht der westlich-demokratischen Tradition entsprechen, sondern der politischen Praxis der Autoritären. Wären die Westmächte zimperlich gesonnen gewesen, hätten sie sich streng davor gehütet, ihnen ungewohnte Methoden anzuwenden, so hätten sie den Krieg wahrscheinlich nicht gewonnen. Zuweilen mögen dabei internationale Traditionen, wenn nicht gar Rechtssätze zu Schaden gekommen sein. — Die Befürchtung wird oft geäußert, daß die demokratischen Regierungen und Parteien *ihren* Existenzkampf nicht gewinnen werden, wenn sie ihre Gegner, d. h. die Parteien, die die Demokratie vernichten und zum Bolschewismus übergehen wollen, nicht mit den gleichen oder mit ähnlichen Waffen bekämpfen, wie sie von der radikalen Linken angewendet werden. In den Verfassungen, beispielsweise in der neuen italienischen, ist aber gerade *dieser* Fall nicht vorgesehen. Die damalige Regierungskoalition, bei der die Kommunisten beteiligt waren, hat zwar Schutzbestimmungen gegen ein Wiederaufleben des Faschismus in die Verfassung aufgenommen, aber nichts ähnliches zum Schutz der Demokratie gegen den Kommunismus. Nicht etwa, weil man die Gefahr nicht gesehen hätte, sondern weil die Kommunisten dabei ein entscheidendes Wort mitzureden hatten.

Das einzige, was sich die demokratische Hauptpartei Italiens: die christlich-demokratische, gesichert hat, ist die Beherrschung des Staatsapparates vor und während der entscheidenden Aprilwahlen. Sie wird nicht nur saubere Wahlen garantieren können, sondern sie hat auch genügend Kräfte zur Verfügung, um den Staat vor überraschenden Störungen zu schützen. Es war vom Standpunkt der Demokratie aus die höchste Zeit, den Staat in die Hände zu bekommen, denn die früheren kommunistisch-sozialistischen Koalitionspartner hatten die Kommandostellen und die Ordnungskräfte, vor allem die Polizei, bereits in gefährlichem Ausmaße mit ihren Vertrauensleuten zu durchsetzen begonnen. De Gasperi und seine Mitarbeiter hatten große Mühe, die Säuberung rechtzeitig vorzunehmen; man sagt, sie sei im

wesentlichen gelungen, oder gehe der Vollendung entgegen. Die Gewerkschaftsposten sind allerdings in den Händen der radikalen Linken verblieben.

Gleichzeitig ist die *Democrazia Cristiana* dazu übergegangen, dem Gegner zu beweisen, daß nicht er allein einen Kampfwillen und derbe Fäuste besitzt. Bezahlte Unruhestifter pflegen ohnehin nicht so tapfer zu sein wie Menschen, die von einem festen Glauben erfüllt sind. Die eigentliche Gefahr kommt — solange nicht neue gefährliche Streikwellen in Bewegung gesetzt werden — von den Lauen, Unentschlossenen und Ängstlichen. Auch von denen, die «für alle Fälle» sich eine Sicherheit verschaffen wollen, die es natürlich gar nicht gibt. Diese spekulierenden Mitläufer der Kommunisten sind in allen bedrohten Ländern die eigentliche Gefahrenquelle. Die Kommunisten wissen das und nützen es aus. Die Spekulanten aber könnten an den osteuropäischen Beispielen längst ersehen haben, welchen Schaden sie für ihr Land und schließlich für sich selbst anrichten.

Zu einem wesentlichen Teil ist also die Krise der Demokratie auch eine psychologische Frage, um nicht zu sagen eine Frage des Charakters. Eine Hauptwaffe dabei ist für die Kommunisten die Siegesgewißheit, die sie um sich zu verbreiten verstehen. Ähnlich war das bei den Nationalsozialisten. Seitdem sich nun die Antikommunisten lebhafter regen, gewinnen sie Kraft. Mit liberal-demokratischer Sanftmut oder gar mit dem Fatalismus, der 1933 in Deutschland eine Rolle spielte (man faselte sogar von der «Vorsehung»), ist der Kampf gewiß nicht zu gewinnen. In katholischen Ländern, besonders in Italien, scheint die Teilnahme der Kirche an dieser für die Weltanschauung und die Existenz des Christentums eminent wichtigen Frage einen sich rasch steigenden Einfluß zu gewinnen. Für die Kommunisten war beispielsweise die Erklärung des Mailänder Kardinals *Schuster*, die den Kommunisten und denjenigen, die für sie stimmen, die Absolution verweigert, ein so unangenehmer Schlag, daß sie in der «Unità» das Gerücht verbreiteten, der Papst habe den Kardinal kommen lassen und zurechtgewiesen. Das Gegenteil ist der Fall: der «*Osservatore Romano*» pflichtet der Auffassung des Kardinals bei. Ein Nichtkatholik wird das schwerer verstehen als ein Katholik, für den es selbstverständlich ist, daß die Kirche darauf hinweist, was sie als Irrlehre betrachtet und was nicht. Auch sie kämpft ja jetzt um ihre Existenz und um die christliche Lehre.

Das eben ist das Entscheidende: ob man Kommunismus oder Bolschewismus für etwas hält, dem, sofern es die Kraft dazu besitzt, der Aufstieg auf demokratisch-parlamentarischem Wege erlaubt werden kann und muß, oder ob er einen so grundstürzenden Umschwung aller geistigen und materiellen Lebensbeziehungen mit sich bringt, daß jeder, der diesen Umsturz nicht will, bereit sein muß, ihn bis

zum Äußersten zu bekämpfen. Eine mittlere Linie gibt es da nicht. Die Demokratie und mit ihr die abendländische Kultur kämpft in diesen Monaten um ihr Leben. Das erhebt die Krise der Demokratie zu einer Krisis unseres gesamten Daseins. Sie hätte nicht so gefährlich werden können, wenn die westliche Demokratie und nur sie das Befreiungswerk in Europa vollbracht hätte. Unglücklicherweise zogen die Kommunisten an der Seite der Demokraten triumphierend in Europa ein. Dieser Prozeß ist im Begriff, sich zurüchzubilden, aber er bringt gewaltige Erschütterungen, wenn nichts Schlimmeres mit sich.

INDISCHE STREIFLICHTER

VON RUDOLF V. LEYDEN, BOMBAY

Die ersten sechs Monate der freien und unabhängigen Dominions von *Indien* und *Pakistan* gehören zu den umwälzendsten und erschütterndsten in der Geschichte des indischen Landes.

Die Teilung des vormaligen Britisch-Indischen Reiches wurde in kürzester Zeit durchgeführt und durchschnitt viele, seit Jahrzehnten oder Jahrhunderten bestehende Einrichtungen, Verkehrsverbindungen und wirtschaftliche Beziehungen. Niemand erwartete, daß eine solche tiefgreifende Veränderung ohne Reibungen, Streit und selbst Unruhen hätte verlaufen können. Viele hatten erhofft, daß die Zuerkennung eigenstaatlicher Existenz für größere mohammedanische Bevölkerungsteile zu einer Befriedung der religiösen Gruppen und einer politischen Zusammenarbeit der beiden neuen Länder führen würde. In dieser Hoffnung hatten die Führer des Indischen Kongresses und auch *Gandhi* ihre Zustimmung, wie immer widerstrebend, zu den Teilungsplänen Lord *Mountbattens* gegeben. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Schon lange vor der Teilung war es in verschiedenen Gegenden des Landes zu Massakern von Minoritäten gekommen. Die Zerschneidung des Punjab in einen westlichen mohammedanischen und einen östlichen indischen Teil ließ größere Gruppen des virilen und wirtschaftlich einflußreichen Sikh-Volkes in Pakistan, was Haß und Unwillen hervorrief. In kürzester Zeit war der ganze Norden von Indien, vor allem der Punjab, die Nord-West-Provinz und Teile der «United Province» mit der Hauptstadt Delhi im wahrsten Sinne des Wortes in ein Schlachtfeld verwandelt. Tausende und Zehntau-